

und bezogen kann. Eine derartige Sachlage läßt in der That den Schluß zu, daß die jetzige französische Regierung die Hezerei zum Kriege billigt, denn wäre dies nicht der Fall, so würde der französische Unterrichtsminister auf seine Kollegen doch sicherlich soviel Rücksicht nehmen, daß er nicht durch ein von ihm abhängiges Organ die Aufreizung zum Kriege künstlich fördern ließe. Aber auch das läßt uns gleichgiltig, und wir begnügen uns einfach damit, den Thatbestand festzustellen, damit es für jedermann ersichtlich werde, auf wen die Schuld fallen würde, falls der Friede nicht aufrecht erhalten werden könnte. Daß die Politik Deutschlands auf dem Frieden gerichtet ist, dafür bedarf es keines Nachweises. Die Verantwortlichkeit einer Störung des Friedens würde also Frankreich allein treffen."

Die „Post“ protestiert gegen die Aufnahme der geplanten neuen russischen Anleihe auf den deutschen Rentenmarkt. Das offiziöse Blatt meint, wenn dies geschehe, so werde diese Thatfache die auf den Krieg gerichtete Aktion der Panlawisten beträchtlich erleichtern.

Wie den Londoner „Daily News“ aus Nizza telegraphiert wird, hat der König von Württemberg dem Ministerpräsidenten v. Wittmann versprochen, die beiden Amerikaner zum Rücktritt aufzufordern. Dieselben seien offenbar in Voraussetzung dieses Beschlusses, nunmehr abgereist und werden nicht zurückkehren. Hofrat Jackson, gegen welchen niemals Beschuldigungen wie gegen die beiden anderen Amerikaner erhoben worden sind, behält seine Stellung als intimer Ratgeber des Königs.

Die Kolonialzeitung bringt Einzelheiten über den Kampf, welchen das deutsche Kriegsschiff „Leipzig“ am 22. September in Bagamoyo mit den Eingeborenen hatte, welche die Niederlassung der ostafrikanischen Gesellschaft angriffen. Da die Angreifer sich gut hinter die Hüften versteckten, wurden dieselben vom Stationsgebäude aus mit Granaten beworfen und zugleich die schon mit der „Leipzig“ verabredeten Notsignale gegeben, worauf das Schiff 11 Vore aussetzte. Die ankommenden Fahrzeuge wurden vom Strande aus mit Gewehrfeuer empfangen, welches von der Marine mit Geschütz- und Gewehrfeuer erwidert wurde. Die Truppen landeten mit Hurra und trieben die Schwarzen in die Stadt zurück, wo sich ein ziemlich heftiges Straßengefecht entwickelte. Nachdem die Rebellen zurückgeschlagen waren, zogen sich die Truppen mit Zurücklassung von 1 Offizier und 30 Mann auf die „Leipzig“ zurück. Am nächsten Tage wurden die auf dem Plage gebliebenen Araber, etwa 100 Tode, beerdigt. Zahlreiche Tode und viele Verwundete waren aber während der Nacht schon von den Arabern fortgeschleppt worden. Seitdem wurde die Ruhe nicht mehr erheblich gestört.

Die ostafrikanische Blockade gegen die Sklavenhändler ist auf Ersuchen des britischen Generalkonsuls in Zanzibar bis nächste Woche verschoben worden, um den englischen Missionaren in Mogila Zeit zur Abreise zu gönnen. Die Blockade wird sich längs der ganzen Küstenlinie der deutschen Schutzgebiete ausdehnen; die deutschen Schiffe werden die Küste südwärts von Longa bis zur Insel Mainia decken, von wo aus die englischen Schiffe die Blockade bis zum Flusse Rowuma fortsetzen sollen. Indessen sind noch mehr Schiffe erforderlich, um die Blockade innerhalb dieser Grenzen wirksam zu machen. — Gerüchweise verlautet, daß die Araber die Portugiesen aus Minemang in der Tangibai vertrieben haben.

Elfaß-Vothringen. Aus den Reichslanden wird gemeldet, daß ein praktischer Nutzen aus dem Erlaß des französischen Fremdengesetzes bis jetzt eigentlich nur der deutschen Verwaltung in den Reichslanden erwachsen sei. Ein großer Teil derjenigen jungen Leute nämlich, welche aus Elfaß-Vothringen nach Frankreich auswandern, besteht aus solchen, welche sich sowohl an der deutschen wie an der französischen Militärpflicht vorbeidrücken wollen. Das neue Fremdengesetz erlaubt nun den französischen Behörden, diese reichsländischen Auswanderer etwas schärfer zu kontrollieren. In den Grenzdepartements hat die Zahl derselben eine solche Höhe erreicht, daß wiederholt sogar von französischen Blättern auf den Unfug aufmerksam gemacht wurde. Dem letzteren wird mit Hilfe des Fremdengesetzes gesteuert werden können, indem die betreffenden militärischen Leute entweder ausgewiesen werden oder sich den Formalitäten unterziehen müssen, durch welche ihre Heranziehung zum französischen Heeresdienste gesichert wird. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die konsequente Durchführung dieses Verfahrens eine Abnahme der aus Elfaß-Vothringen nach Frankreich auswandernden jungen Leute bewirken wird. Eine weitere Wirkung des Fremdengesetzes tritt dadurch zu Tage, daß im Gegensatz zu früheren Jahren nur wenige der diesen Herbst in die Heimat entlassenen reichsländischen Reservisten nach Frankreich übersiedeln, um dort Beschäftigung zu suchen. Diese Erscheinung dürfte freilich zum Teil auch auf die gegenwärtig in Frankreich allgemein herrschende Geschäftslage zurückzuführen sein.

Die deutsche Botschaft in Paris hat der Nancyer Stadttheatergesellschaft, welche im Winter wöchentlich einmal zu Weiz französische Theateraufführungen zu geben pflegte, für diese Saison das zur Ueberschreitung der

Grenze nötige Passivum verweigert. Damit haben die französischen Theateraufführungen in Weiz ihr Ende erreicht.

Oesterreich - Ungarn.

Auf die Eingabe des Jungtschechenklubs, in welcher das Präsidium um Aufnahme von tschechisch gehaltenen Reden in das stenographische Protokoll ersucht wurde, ist seitens des Präsidiums eine Erwiderung erfolgt, in welcher es u. a. heißt: Ich bedauere, bei meiner bereits mündlich abgegebenen Erklärung beharren zu müssen. Einer der bisherigen Uebung bewandten lassen zu müssen. Einer konsequenten Durchführung des ausgesprochenen Wunsches würden sich unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg stellen. Es müßten nämlich Stenographen für die böhmische, polnische, ruthenische, slowenische, serbo-kroatische, italienische und rumänische Sprache ausgenommen werden, da es sich bereits ergab, daß Reden auch in anderen (als der tschechischen) Sprachen gehalten wurden, wobei stets dasselbe Ansinnen gestellt, aber immer abgelehnt wurde. Es unterliegt keinem Zweifel, daß im Gewährungsfalle Abgeordnete nichtdeutscher Nationalität in ihren Reden sich ihrer Muttersprache bedienen würden. Das jetzige stenographische Bureau ist aus 18 deutsch Stenographierenden zusammengesetzt und nach einer Erklärung des Herrn Stenographen-Direktors müßten für jede Sprache mindestens 6 Stenographen, demnach 42, noch weiter aufgenommen werden, was den diesfälligen Dienst mindestens um das Vierfache verteuern würde. Ueberdies müßte vor allem der zwischen der hohen Regierung und dem Herrn Stenographen-Direktor abgeschlossene Vertrag abgeändert werden, zumal der Direktor nach § 1 dieses Vertrages nur verpflichtet ist, die Verhandlungen in deutscher Sprache zu stenographieren; weiter müßten diese 42 Stenographen in jeder Sitzung anwesend sein, weil es doch nicht anginge, einen sich meldenden Redner warten zu lassen, bis die betreffenden Stenographen einberufen sein würden, und eine weitere Schwierigkeit würde auch die Berufung geeigneter Prüfer darbieten. Endlich muß auch hervorgehoben werden, daß doch den Herren Abgeordneten, die der jeweiligen nicht-deutschen Sprache nicht mächtig sind, das Recht zugesprochen werden müßte, zu verlangen, daß dieselben in die Lage gesetzt werden, zu wissen, was gesprochen wurde, um allenfalls auf laut gewordene Anschauungen oder irrige Angaben zu antworten. Es müßten demnach glaubwürdige Uebersetzungen geliefert werden, was, abgesehen von der weiteren bedeutenden Verteeuerung der Herstellung der Protokolle, die große Unzulänglichkeit zur Folge haben würde, daß in späteren Sitzungen auf bereits abgegebene Gegenstände erwidert werden würde, was geradezu unzulässig ist.

Großbritannien.

In London hat am 9. d. das übliche Bankett zu Ehren des neuen Oberbürgermeisters, der alljährlich an diesem Tage in sein Amt eingeführt wird, stattgefunden, wobei sich nach altem Brauche die Minister und die sonstigen Spitzen der Gesellschaft beteiligten. Der Ministerpräsident Lord Salisbury hielt als Antwort auf den dem Ministerium gewidmeten Trinkspruch die erwartete politische Rede, in der er einen Ueberblick über die politische Lage gab und alles als sehr befriedigend darstellte. Am Schlusse seiner Rede hob Lord Salisbury hervor, er sei überzeugt, daß alle, welche in Europa mit der Regierung betraut seien, die Erhaltung des Friedens wünschten, er hoffe, daß dieselben auch dabei beharren würden. Ein europäischer Krieg müsse zur völligen Vernichtung derjenigen führen, welche geschlagen würden. Die einzige zu befürchtende Eventualität sei, daß Geschäftsausbrüche des schlecht unterrichteten Volkes zur Nichtbeachtung der weisen Ratschläge der Regierenden hinreißten könnten. Eine weitere Quelle der Sorge sei die Notwendigkeit, die man jährlich aufs neue anerkannt sehe, die Rüstungen zu vermehren. Da die Rüstungen alljährlich sich steigerten und ganz ungeheure Summen für Verteidigungszwecke ausgegeben würden, muß man fragen, wie das enden solle, es seien nicht weniger als etwa 12 Millionen Bewaffnete, die von 5 europäischen Großmächten unterhalten würden. Diese Thatfache dürfe zwar die Friedenssicherheit nicht vermindern, es herrsche aber das Gefühl im Volke, daß inmitten solcher Vorbereitungen England nicht unvorbereitet bleiben dürfe. Es gelte nicht nur die Sicherheit der Bürger zu verstärken, sondern auch das Gefühl zu festigen, daß diese Sicherheit vorhanden sei. Die anderen Nationen würden die Rüstungen gleichfalls mit Besorgnis ansehen, denn obgleich die Regierungen derselben stets den Frieden begünstigten, gebe es doch einen Teil der Bevölkerung, der den Krieg eifrig wünsche. England befinde sich nicht in einer solch nachtheiligen Lage, denn während seine Regierung unausgesetzt vor allem den Frieden wünsche, vertrete dieselbe in der That nur die Wünsche des Volkes, dessen Ansicht in dieser Beziehung eine vollständig einige und übereinstimmende sei.

Spanien.

Der frühere Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen im konservativen Kabinett, Kanovas del Castillo, ist in diesen Tagen gelegentlich einer nach Sevilla und von dort zurück nach Madrid ver Weg-

stand von mißliebigen Volkstungebungen gewesen, die in Madrid beinahe zu öffentlichen Unruhen ausarteten. Die Konservativen beschuldigen die liberale Regierung wegen dieser Exzesse, die Liberalen geben sie den Republikanern zur Last und diese laden die Schuld wieder auf die Sozialisten. — Am Sonntag lehrte Kanovas nach Madrid zurück und wurde auch hier, namentlich von den Studenten, mit Zeichen des Unwillens empfangen. Man umdrängte seinen Wagen, schrie und wies und warf sogar die Fensterseiden mit Steinen ein, trotzdem die Polizei bemüht war, dem früheren Minister vor diesen Beleidigungen zu schützen. Abends wiederholten sich die feindseligen Kundgebungen vor dem Gebäude des konservativen Klubs, welches geschlossen war. Die Zusammenrottungen dauerten trotz der Bemühungen der Polizei, dieselben zu verhindern, fort. Eine Anzahl Studenten und Arbeiter durchzogen unter den Ruf „Nieder mit den Konservativen“ die Straßen. Auch die Rufe „Es lebe die Republik, es lebe Sorilla“ wurden vernommen. Zwei Studenten wurden verhaftet, aber später wieder freigelassen. Vor dem Hause des Republikaners Santa Marta fand ebenfalls ein republikanische Kundgebung statt, an welcher etwa 100 Personen, darunter mehrere mit Stöcken und Flinten bewaffnete, teilnahmen. Der Präfect befahl abends infolge der Ausdröhnung, welche die Aufstrebungen nahmen, nötigenfalls mit Gewalt vorzugehen, um weiteren Ausschreitungen vorzubeugen. Die Truppen waren in den Kasernen marschbereit gemacht; Gendarmen und Militärpatrouillen besetzten die Hauptplätze. Ueber die Veranlassung zu diesem Ausdröhnen der Volkswut fehlt es zur Zeit noch an Aufklärung. Wie es scheint, sind es die Reden, die Kanovas in verschiedenen Städten und insbesondere in Sevilla gegen die augenblicklich am Ruder befindliche Regierung gehalten hat, was den Unmut der öffentlichen Meinung erregt.

Serbien.

Der Warschauer „Kurjer Warszawski“ meldet: Gerüchweise verlautet, daß Königin Natalie von Serbien im Kreise Kuzno einen Güterkomplex für 1 800 000 Rubel angekauft habe; die Faktation mit dem Generalbevollmächtigten der Königin soll schon erfolgt sein. — Der Königin ist bereits all ihr Eigentum nach Jassy gesendet worden, zweihundert Kisten und Koffer! Der König hat nicht das Geringste zurückbehalten, nicht einmal die Geschenke, welche im Laufe der Zeit dem Königspaar gemeinsam überreicht worden sind. Ebenso ist der Königin schon die auf der Belgrader Bank in Wertpapieren aller Art niedergelegte Summe von einer Million Franks, welche ihr zugeschrieben war, ausgeliefert worden. Das Schreiben, mittels dessen die serbische Gesandtschaft in Bukarest der Königin die Scheidung anzeigte, war, wie jetzt bekannt wird, an „Madame Natalie de Resko“ adressiert, und es ist der Befehl ergangen, in allen etwaigen weiteren amtlichen Mitteilungen an die geschiedene Königin sich keiner anderen Anrede und Adresse zu bedienen.

Russen.

Japan. Die Regierung des Mikado geht mit dem Plane um, die ganze Haupt- und Residenzstadt Japans, Tokio, die durchweg aus vorzüglichem Brennmaterial erbaut ist, mit eisernem Besen wegzufegen und an ihre Stelle eine europäische Stadt mit Häusern aus Stein, Eisen und Ziegelwerk neu aufzubauen. Die so radikal renovierte Hauptstadt soll auch große Plätze, von Monumentalbauten umrahmt, erhalten, und das viele Geld, welches dazu nötig ist, will sich die Regierung von den japanischen Biertrinkern holen. Eine Reichssteuer soll das Baukapital aufbringen und man kann sich denken, daß die Biertrinker von diesen Ausfällen gerade nicht erfreut sind. Indessen da hilft kein Weinen; denn der Neubau Tokios ist thatsächlich, wie man auf europäisch sagen würde, ein unabwendbares Bedürfnis geworden, da erst im vorigen Jahre eine einzige Feuerbrunst dritthalbtausend Häuser aus dem Wege räumte. Das will sich der Mikado nicht ein zweites Mal bieten lassen, und darum soll die Residenz europäisch solid werden.

Vermischtes.

* Ein amerikanisches Green! In vielen Staaten der nordamerikanischen Union, so auch in Pennsylvania, bedürfen die heiratslustigen jungen Paare einer sogenannten Heiratslizenz, die bei minderjährigen Paaren auch die Erlaubnis der Eltern einschließt, um zum Ziele zu gelangen. Was jedoch diese Staaten versagen, gewähren andere. In diesen Staaten gehört New-Yersey, wo jede Heirat ohne weiteres abgeschlossen werden kann. In diesem Staate ist eine Heirat möglich, wenn der „Mann“ sein fünfzehntes, die „Frau“ ihr dreizehntes Lebensjahr zurückgelegt hat, und bedürfen Geschlechts dieses Alters auch keiner elterlichen Erlaubnis mehr. Infolge dieser günstigen Befehle hat sich in der an der pennsylvanischen Grenze gelegenen Stadt Camden ein modernes Green gebildet, nach welchem die entlaufenen Pärchen aller Altersstättierungen, Stände und Konfessionen pilgern, um hier den Bund für das Leben einsegnen zu lassen. Das Amt jenes berühmten Hofschmiedes, welcher zugleich Hymens Fesseln knüpfte, ver-

steht in Ca...
Mann, der...
Amerika jet...
übrigens n...
irgend eine...
sungen als...
im Jahre...
macht 4 pr...
dem gewisse...
sämtlichen...
giltig gewo...
war 16 rel...
alt. Der Be...
berelb...
einem Mad...
achteete berg...
des Staate...
als die H...
Segen zu...
femen Ehele...
die Register...
jährlich 5-...
den noch an...
den Ruf; e...
des neuen...
sondern au...
* In d...
kostet jede...
(A 20 Mar...
E...
ist von De...
loren ge...
geben in d...
E. Zipp...
Reell...
Ein 2...
(Cigarren...
händigen...
fort mit...
Wittwe...
Best. Off...
des Froh...
Eis...
werden a...
Eck...
Sofort e...
nüchtern...
gesucht...
Niederl...
Zu leich...
wird ein...
Respekt...
A. I in d...
Eine F...
Sofort gesu...
1 Stub...
ist ab 15...
eine allein...
Ba...
in jeder...
gute Hypo...
Sugo...
Eine ge...
wird zu...
Ba. Sa...
"sau...
"Sen...
"We...
"Leit...
Div. ein...
empfehle...
Carl Be...